

EDITORIAL

❖ Große Überraschungen haben die Wahlen vom 17. September nicht bereitgehalten, Stoff zum Nachdenken sehr wohl. Bereits vor den Wahlen hatten sich der Einzug der NPD in den Landtag Mecklenburg-Vorpommerns und ein recht hoher Prozentsatz von Nichtwählern abgezeichnet. Beides ist regelmäßig Anlass für die Politiker, sich – wie auch diesmal – „erschüttert“ zu zeigen. Moral allein genügt aber nicht. Es ist in der Tat ein merkwürdiger Glaube, dass es bei der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus genüge, die richtige Gesinnung zu haben. Die abstrakte Absage an das rechtsextreme Gedankengut wird die durch ihre persönlichen Lebensumstände Enttäuschten oder die, die sich von der Politik allein gelassen fühlen, nicht überzeugen. Es bedarf der – zweifelsohne mühseligen und längerfristigen – Alltags- und Aufklärungsarbeit. Bekanntlich liegt die taktische Linie der NPD darin, sich als „Kümmerer“ zu gerieren und die Sorgen der Bürger in Anti-Parolen zu formen, getränkt mit jenen extremen Ideen. Der „Betreuungsansatz“ hat auch der PDS in der Vergangenheit den erwünschten Zuspruch gebracht. Mitnichten müssen das die etablierten Parteien nachmachen. Sie sollten aber wohl zur Kenntnis und ernst nehmen, dass nicht nur die Erfolge der NPD und anderer populistischer Protestparteien, sondern auch die fast vierzehn Prozent Berliner Stimmen, die an „andere Parteien“ gegangen sind, sowie die massive Wanderung in die Gruppe der Nichtwähler beredtes Zeugnis dafür ablegen, dass große Teile der Bevölkerung sich von „der Politik“ entkoppelt fühlen. Auch die SPD kann darüber nicht hinwegsehen. Sicher: Sie kann weiterregieren, obgleich sie in Mecklenburg-Vorpommern erhebliche Verluste hinnehmen musste. Daneben wird sie aber zu analysieren haben, warum vor den Wahlen in Berlin sechzig Prozent „weniger und gar nicht zufrieden“ waren mit der Arbeit



des Senates und in Mecklenburg-Vorpommern eine gleich hohe Zahl mit der Landesregierung. Auf längere Sicht untermauern die Wahlergebnisse vom 17. September einen Trend, den die letzte Bundestagswahl einläutete: Die politische Mitte ist ein schwieriges Feld geworden. Das gilt vor allem für CDU und SPD, langfristig aber auch für FDP und Grüne, die zurzeit von ihrer Oppositionsrolle auf Bundesebene profitieren. Die Stimmungslage während der Bundestagswahl 2005 zeigte, dass die Bevölkerung zu relativ gleichen Teilen in Reformbefürworter und Reformgegner geteilt war. Damit ist eine neue Trennlinie – jenseits der klassischen ideologischen, ja sogar jenseits der von Materialisten und Post-Materialisten – entstanden: nämlich die Trennlinie zwischen Beharrung und Bewegung. Dieser Bruch verläuft quer durch die Volksparteien, verursacht enorme Spannungen – innerparteilich, aber auch zwischen Parteien und Bürgern. Die CDU hat zurzeit mit dem Problem zu kämpfen, dass sie eine Reformpolitik betreibt, die Bewegung und Einschnitte beinhaltet, was sie zweifelsohne in den traditionellen Wählerkreisen Stimmen kostet.

Eine Alternative zu einer Politik der Bewegung jedoch gibt es nicht. Und es ist richtig, dass sich die Kanzlerin darin auch von den enttäuschenden Ergebnissen vom 17. September nicht beirren lässt. Die Aufgabe lautet vielmehr, zum einen die Notwendigkeit der Reformpolitik noch stärker zu vermitteln, zum anderen christdemokratische Antworten für die künftigen Herausforderungen, denen sich die Gesellschaft stellen muss, zu formulieren. Diese Aufgabe wird die Grundsatzkommission zu leisten haben. ❖

